

Der Calwer Landrat Hans-Werner Köhlitz gibt nicht auf. Zu sehr ist er vom ökologischen Nutzen des geplanten Holzheizkraftwerkes überzeugt. Nach einer Abfuhr aus Altensteig und Neubulach wird sieberhaft ein Standort gesucht.

Von Andrea Koch-Widmann

"Hinterher ist man immer schlauer", sagt Stefan Kaufmann, Geschäftsführer des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Calw. Dass dem Projekt Holzheizkraftwerk, das der Kreistag einstimmig beschlossen hatte, so massiver Widerstand entgegen geschlagen wurde, hatte keiner erwartet. "Wir waren wohl zu sehr von den Vorteilen überzeugt", sagt Kaufmann. Auch die Bürgermeister der Gemeinde Neubulach und der Stadt Altensteig, die als Kreisräte ebenfalls hinter dem Projekt standen, wurden von den "ein emotionalen Protesten" der Bürger überredet und in den Gemeinderäten überstimmt.

Mit Argumenten, sagen Neubulachs Bürgermeister Siegfried Lutz und sein Altensteiger Kollege Ulrich Rommel, sei das Projekt den Bürgern bei Informationsveranstaltungen nicht mehr vermittelbar gewesen. Befürchtungen wegen Schadstoffemissionen

und wegen des prognostizierten Lastwagenverkehrs von etwa 1500 bis 1800 Tagen pro Jahr hatten die Bürger meinten, es nähren keine Erklärungen, etwa dass der Verkehr sich auf mehrere Routen verteilen und somit nicht alle Lastwagen durch die Ortszentren fahren würden. Zum Vergleich: 80 Lastwagen, auch aus dem Kreis Calw, fahren täglich den Böblinger Müllhof an. "Die Sache ist im Vorfeld aus dem Ruder gelaufen", sagt Ulrich Rommel, etwas resigniert über das Kirchentumadenken. "Die Leute machen sich Gedanken über Klimaschutz, aber wenn's zum Schwur kommt, heißt es: nichts bei uns."

Mit dem Holzheizkraftwerk will der Kreistag im Sinne des globalen Klimaschutzes Reduzierung des Kohleabbaubetrages力争ten, zu dem sich die Bundesrepublik 1992 bei der UN-Klimakonferenz in Rio de Janeiro verpflichtet hatte. Für den waldreichen Landkreis im Nordschwarzwald kommt unter dem Stichwort „Erneuerbare Energien“ vor allem die energetische Nutzung von Wald- und Sageresinholz, aber auch von unbelastetem Industrieholz in Frage.

Biomasse soll jährlich im Heizkraftwerk verfeuert werden. Damit könnte für rund 12 000 Haushalte Strom produziert werden. Gleichzeitig soll durch

Kraft-Wärme-Kopplung die Abwärme genutzt und so der Wirkungsgrad gegenüber einer reinen Stromerzeugung deutlich erhöht werden, auf „über 60 Prozent“, sagt Stefan Kaufmann. So könnte die Abwärme über eine Fernwärmeleitung genutzt werden, zur Herstellung so genannter Holzpellets für Zentralpelletheizungen in Wohnhäusern, in erster Linie jedoch zur Mülltrocknung.

Die Anlage hätte erhebliche Vorteile für den Kreis, erläutert Kaufmann. Weil erstens die massive Müllmenge, die der Kreis ins Heizkraftwerk Böblingen zuführt, nach der Trocknung erheblich reduziert ist und somit entsprechend geringere Kosten für die Verbohrung anfallen. Und weil zweitens die bisher praktizierte Müllverbrennung, die „offene Röte“, nach der neuen Bundesimmissionschutzverordnung künftig nicht mehr zulässig sein wird.

Zwei Standorte im Kreis galten als Gründen der Wirtschaftlichkeit, weil die vorhandene Infrastruktur genutzt werden könnte, als besonders geeignet: die Haushaltsdeponie am Neubulacher Ortsteil Oberhaugstett und im Altensteiger Stadtteil Walldorf. Daraus wird nun nichts, nachdem die Gemeinderäte in beiden Kommunen sich gegen einen Standort auf ihrer Markung ausgesprochen hatten. Nun muss der Kreis mit dem Holzheizkraft-

werk hausieren gehen. Der Geschäftsführer des Abfallwirtschaftsbetriebes sieht zunächst nicht ganz so schwarz. Denn schließlich überlegen bereits andere Gemeinden, ob die Anlage bei ihnen machbar wäre. Ob allerdings allein die positive Einstellung des Bürgermeisters die Gemeinderäte und vor allem die Bevölkerung überzeugen kann, steht noch den beiden Bauchlandungen auf einem anderen Blatt. Kaufmann möchte nach den gemachten Erfahrungen „ja“ viel früher informieren, mit Bürgern und Gemeinderäten das Projekt gemeinsam entwickeln“.

Es gäbe aber noch eine Option: der Kreis könnte mit dem Holzheizkraftwerk in ein ausgewiesenes Industriegebiet ausweichen. Diese Möglichkeit allerdings hat Landrat Hans-Werner Köhlitz dem Vereinnehmen nach bereits verworfen.

Sicher, sagt Kaufmann, ist nur eines: Die für das Jahr 2002 geplante Inbetriebnahme ist nicht mehr haltbar. Was finanzielle Auswirkungen hat: Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das feste Vergütungen für die Strominspeisung ins Netz vorsieht, reduzieren sich von 2002 an die Vergütungen jedes Jahr. Hochgerechnet auf eine Laufzeit des Kraftwerks von 20 Jahren müsste bereits jetzt ein Verlust von zwei Millionen Mark einkalkuliert werden.